



Zukunft der Präventionsarbeit im Kontext der (extremen) Rechten

Bundesweite Normalisierungen von (extrem) rechten Einstellungen und Verhaltensweisen, jüngste Wahlerfolge rechter Parteien in Thüringen und Sachsen sowie drohende Mittelkürzungen von Landesprogrammen sind besorgniserregende Indikatoren für die Gefährdung der Sozialen Arbeit und Präventionsarbeit im Kontext der (extremen) Rechten. Um Strukturen und Qualität der Präventionsarbeit im Kontext der (extremen) Rechten abzusichern und eine Deprofessionalisierung zu verhindern, bedarf es in Zivilgesellschaft und Politik dringende Maßnahmen. Die BAG „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. und Teilnehmende des Begleitgremiums zum Modellprojekt AIDArex fordern:

Bündnisse der zivilgesellschaftlichen Präventionsträger im Kontext (extreme) Rechte stärken

Zivilgesellschaftliche Träger im Bereich ‚Rechtsextremismusprävention‘ müssen sich gegen Hetzkampagnen und Versuchen von Demontage der (extremen) Rechten vereinen. Hierbei ist die Bildung breiter Bündnisse unerlässlich, um gemeinsame Strategien gegen (extrem) rechte Einstellungen und Verhaltensweisen zu entwickeln. Zur Absicherung der sozialen Sicherung und Versorgung unterstützen zivilgesellschaftliche Träger der Prävention im Kontext (extreme) Rechte dabei die Regelstrukturen aus den Bereichen Erziehung, Bildung und Soziales. Nur durch gemeinsames und abgestimmtes Handeln kann auf beschriebene Herausforderungen reagiert und die Handlungsfähigkeit der Präventionsarbeit gestärkt werden.

Verstummen und Handlungsunfähigkeit der Zivilgesellschaft verhindern

Politik, Medien und Zivilgesellschaft sind aufgefordert, Krisenerzählungen der (extremen) Rechten über aktuelle Entwicklungen in Gesellschaft und Demokratie nicht unhinterfragt zu reproduzieren und damit zu normalisieren. Die Vorzüge der Demokratie und das positive vielfältige Zusammenleben müssen viel stärker herausgestellt werden. Außerdem müssen Erfahrungen der Anerkennung, Zugehörigkeit und Mitbestimmung noch stärker ermöglicht werden. Zivilgesellschaftliche Träger und Organisationen stellen hierfür vielversprechende innovative Ansätze und Formate bereit. Insofern sollte sich auch der Blick auf die Präventionsarbeit im Kontext der (extremen) Rechten auf die Potenziale und gegenstandsangemessene Wirkungsuntersuchung für unsere demokratische Gesellschaft und für eine professionelle Weiterentwicklung fokussieren.

Professionellen Umgang mit potenziell wegfallenden Ressourcen finden

Die Bereitstellung finanzieller Mittel zur ‚Rechtsextremismusprävention‘ und Demokratieförderung sowie der Rückhalt aus Politik und Gesellschaft sind vor dem Hintergrund eingangs genannter Herausforderungen essenziell. Wir sehen wir uns mit potenziellen Mittelkürzungen konfrontiert, weshalb ein struktureller und professioneller Dialog über das Ressourcen- und Aufgabenmanagement in der Präventionsarbeit geführt werden muss. Es ist bereits jetzt ratsam, Verweisberatungsstrukturen zu stärken und alternative Finanzierungsmöglichkeiten wie professionelles Fundraising in

den Blick zunehmen. Nur durch eine vorausschauende und gut strukturierte Ressourcenplanung kann die Qualität und Kontinuität der Präventionsarbeit sichergestellt werden.

Einhaltung von Mindeststandards in der Präventionsarbeit gewährleisten

Professionelle Soziale Arbeit umfasst grundsätzlich weit mehr als nur die direkte Arbeit mit den Adressat*innen. Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit, politische Interessensvertretung, Fachaustausch und Weiterbildung sowie Reflexionsmöglichkeiten sind als Mindeststandards der Präventionsarbeit abzusichern.¹ Erst das Zusammenspiel dieser Tätigkeitsfelder ermöglicht eine professionelle, nachhaltige und ganzheitliche Präventionsarbeit. Diese darf nicht durch fehlende Ressourcen oder unzureichende Unterstützung gefährdet werden.

Die oben genannten Schritte sind essenziell, um die Deprofessionalisierung zu verhindern und eine handlungsfähige Präventionsarbeit im Kontext der (extremen) Rechten zu sichern. **Es ist die Aufgabe von Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Medien, die Herausforderungen der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Situation aktiv anzugehen und die Professionalität sowie Wirksamkeit der Präventionsarbeit zu bewahren.**

Wir, die BAG Ausstieg und Teilnehmende des Begleitgremiums rufen hiermit aktiv alle zivilgesellschaftlichen Träger, Fachkräfte und Unterstützer*innen aus der Präventionsarbeit und angrenzenden Hilfesystemen der Sozialen Arbeit auf, sich an diesem Vorgehen zu beteiligen. Gemeinsam können wir ein starkes und solidarisches Netzwerk aufbauen, um gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu begegnen und die Prinzipien von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit in Gesellschaft und Präventionsarbeit weiterhin zu wahren.

¹ So formulieren die Bundesverbände der zivilgesellschaftlichen Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit (BAG Ausstieg), der Mobilen Beratung (BMB) sowie der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) Qualitätsstandards bzw. Grundsätze für ihre jeweiligen Arbeits- und Berufsfelder. Siehe hierzu BAG Ausstieg (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit. Online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2023/09/Qualitaetsstandards_Ausstiegsarbeit_Rechtsextremismus_BAG_Ausstieg_und_Einstieg.pdf; BMB (2023): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. Online: https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2024/07/BMB_Grundsatzpapier_2024.pdf; VBRG (2024): Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Qualitätsstandards für eine professionelle Beratung. Online: https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2024/08/VBRG-QUALITAETSSTANDARDS_2024-1.pdf). Grundlage der berufsfeldbezogenen Qualitätsstandards in der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit im Kontext der (extremen) Rechten ist die Definition Sozialer Arbeit (vgl. DBSH 2016: <https://www.dbsch.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html>).